

„Der inszenierte Terrorismus“ – abweichende und offizielle Meinungen zu „nine/eleven“

„Wir müssen die Wahrheit über den Terror aussprechen. Lasst uns niemals frevelhafte Verschwörungstheorien in Zusammenhang mit den Anschlägen des 11. September tolerieren, boshafte Lügen, die bezwecken, die Schuld von den Terroristen selbst abzulenken, weg von den Schuldigen.“ (Georg W. Bush, Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, 10.11.01)

An populären Theorien darüber, was an jenem 11. September wirklich passierte, fehlt es nicht. Zwei Jahre nach den Anschlägen auf das World Trade Center haben renommierte Verlage mit namhaften Autoren – allen voran der Geheimdienstexperte und frühere Bundesminister Andreas v. Bülow – eine Reihe von Bestsellern auf den Markt gebracht, die im Stile des *investigativen Journalismus* zu einem „ungeheuren Verdacht“ ermitteln: Ließ die amerikanische Regierung die Anschläge sehenden Auges geschehen, oder hat sie die Anschläge womöglich selbst inszeniert? Haben die „geopolitischen Schachmeister“ im Weißen Haus „zwei Türme“ geopfert, um die „globale Vorherrschaft“ zu erringen?

Verschwörungstheorien – wie man hinter die Oberfläche blickt ...

„Cui bono?“, fragen sich die Autoren in der Tradition von 2000 Jahren Verschwörungstheorie und gelangen zu einem eindeutigen Befund:

„Die wichtigste Spur zur Aufklärung eines Verbrechens ist das Motiv. Während man Fingerabdrücke, Telefonanrufe, Funksprüche, Trümmerteile und sogar Leichenteile präparieren oder nach Gutdünken verschwinden lassen kann, kann das Motiv niemals verschwinden. Denn ohne Motiv hätte es die Tat niemals gegeben. Man kann höchstens versuchen, falsche Motive zur Verfügung zu stellen, um das wahre Motiv zu überlagern. Auch in Sachen 11.9. sind falsche und echte Motive im Umlauf. Machen wir die Probe aufs Exempel: Welches Motiv könnte Osama Bin Laden haben, das World Trade Center und das Pentagon anzugreifen? Gar keines. Denn Osama Bin Laden ist nicht nur ein alter Bekannter der Familie Bush, sondern auch des amerikanischen Geheimdienstes CIA ...

Zieht man eine nüchterne Bilanz nach dem „Wem nützt es“-Prinzip, stellt man fest, dass fast die ganze Welt nur Nachteile durch die Anschläge hatte. ... Die einzigen Staaten, denen die Angriffe vom 11. September wirklich nützen, waren die Vereinigten Staaten und Israel. Die USA nutzten die einmalige Gelegenheit und die Legitimation, um den gesamten Globus in den Griff zu bekommen. Sie konnten von ihrer verheerenden wirtschaftlichen Situation und von den hausgemachten Finanzskandalen ablenken sowie gleichzeitig Rettung im Zugriff auf die Ölquellen der arabischen Welt suchen.“ (Gerhard Wisniewski, Operation 9/11, S. 289ff.)

Mit der Frage nach dem „Motiv“ beginnen die abweichenden Theorien zum 11. September, und mit ihr sind sie auch schon wieder fertig: Weil die USA ihre Kriege mit den Anschlägen rechtfertigen, wissen die Autoren Bescheid: Die Bush-Administration muss die Anschläge selbst inszeniert haben. Dabei sind sie ihrer Sache so sicher, dass sie mit dem Argument „cui bono?“ alle zu dieser Beschuldigung nicht passenden Umstände zu einem bloßen Schein erklären, von dem sie sich nicht beirren lassen. Jeder unpassende Sachverhalt wird geleugnet – „Fälschung!“ – bzw. (das ist die intellektuelle Version des Verleugnens) in das Weltbild eingebaut und interpretiert: Alles ist nicht nur Schein, sondern ein zweckmäßig konstruierter Schein, eben eine bewusst gelegte „falsche Spur“. Aus den propagandistischen Nutznießern werden so *Verbrecher* und *Verschwörer*, die ihre böse Tat mit einem Gespinnst aus „Lügen, Täuschungen und falschen Spuren“ überziehen, das von „Brain-washington D.C.“ umso feiner gewoben sein muss, je mehr der Augenschein ihm widerspricht. Ist der Verdacht erst einmal in der Welt, „verdichtet“ er sich ganz von selbst und ist durch nichts mehr zu erschüttern.

Dann erst schlägt die Stunde des *investigativen Journalismus*: Die feststehende Behauptung sucht ihre *Belege* und findet sie prompt. Die Autoren bestehen ja ausdrücklich darauf, dass wegen des „cover up“ der US-Behörden niemand wissen kann, was da wirklich passiert ist; ihr Beweis kann sich damit bescheiden, Zweifel an der offiziellen Version zu säen. Zeugenaussagen, Akten, Presseberichte, Tatfotos usw. werden auf „*Ungereimtheiten*“ befragt. Jede Unstimmigkeit gebiert neue „*offene Fragen*“, und das Aufwerfen von so vielen offenen Fragen beweist schon zur Genüge, dass man sie zu Recht aufgeworfen hat und an der Sache was oberfaul sein muss: „*Zero Evidence on Ground Zero!*“

Das kann zwar nur die überzeugen, die schon überzeugt sind, ist aber auch umgekehrt nicht widerlegbar, zumal die Stichhaltigkeit jedes einzelnen Beleges – „*die Häufung von Ungereimtheiten macht misstrauisch*“ – nicht weiter wichtig ist.

... und warum man das will

Auch die Urheber der Verschwörungstheorien können sich das „*Unvorstellbare*“, die Inszenierung der Anschläge, nicht wegen einer „*Häufung von Ungereimtheiten*“, sondern eben deshalb so gut vorstellen, weil sie die Konsequenzen nicht billigen, zu denen sich Amerika nach den Anschlägen berechtigt sieht.

„Es wäre vermessen, Vorgeschichte und Tat des 11. 9. in allen Einzelheiten ohne die Hilfe aus den Riesenapparaten des FBI, der CIA, der NSA oder des Mossad aufklären zu wollen. Doch die Zweifel an der offiziellen Version reichen aus, um der amerikanischen Regierung bei ihrer Darstellung des Geschehens und der daraus abgeleiteten politischen wie militärischen Strategie eines ‚Weltkriegs‘ schlicht die Gefolgschaft zu verweigern. Diese Strategie gefährdet ... den globalen Frieden. Schließlich drohen nicht nur ‚Präventivkriege‘ des extrem aufgeblasenen amerikanischen Militärapparats, sondern auch die Beseitigung der Vereinten Nationen als ausgleichender Faktor zwischen den Nationen, es droht die Zerstörung des über Jahrzehnte, ja Jahrhunderte entwickelten Völkerrechts.“ (v. Bülow, Die CIA und der 11. September, S. 10).

An der außenpolitischen Linie, die Amerika unter Berufung auf die Ereignisse vom 11. 9. eingeschlagen hat, bemerkt Bülow den Bruch mit der etablierten internationalen Geschäftsordnung – die ihm jetzt, wo Amerika sie in Frage stellt, gleich als Hort des Friedens und der internationalen Gerechtigkeit erscheint. Gründe, die er für diesen gewaltigen, gefährlichen, frevelhaften Akt der Zerstörung einer lieb gewordenen Weltordnung anerkennen würde, müssen schon ganz besonderer Art sein. In Strategie-Papieren amerikanischer Außenpolitiker findet er eigentlich alles Nötige:

„Die Pläne, lange vor dem 11. 9. 2001 von maßgeblichen Vertretern der derzeitigen amerikanischen Administration diskutiert und schriftlich niedergelegt, ... zielen auf die Sicherung eines Jahrhunderts globaler amerikanischer Weltherrschaft, die Eindämmung der Milliardenvölker Chinas und Indiens, die Verhinderung des Aufstiegs konkurrierender Gegenmächte auf dem eurasischen Kontinent und schließlich den Zugriff auf die Lagerstätten des Öls, den knapper werdenden Rohstoff von strategischer Bedeutung, und die damit verbundene Finanzmacht. Die Bush-Administration nutzte die Ereignisse des 11. 9., ohne auch nur einen Moment zu zögern, um diese schon vorab formulierte Politik im Zuge des Kampfes gegen den Terror durchzusetzen und rechtfertigen zu können.“ (v. Bülow, S. 8)

Über den Imperialismus der USA macht sich v. Bülow nichts vor – und wenn es ihm denn ums Herausfinden der Gründe und Ziele des amerikanischen Kriegsprogramms zu tun gewesen wäre, hätte er ja schon eine ansehnliche Liste beieinander. Aber so ist es nicht. Ausgerechnet die kriegerische Neuordnung der Welt, bei der es, wie er wohl weiß, um nichts als Macht und Gewalt geht, meint er daraufhin befragen zu müssen, ob die Amerikaner dürfen, was sie tun; ob Bushs Kurs für legitim befunden werden kann. Obwohl sie eindeutig

gegen ihn sind, wollen Bülow und die anderen die Legitimität des „Krieges gegen den Terror“ nicht in Bausch und Bogen verneinen, sondern steigen ein in die Prüfung, ob der ungeheure Bruch mit den Praktiken der Weltpolitik wegen eines ebenso ungeheuren, noch nie da gewesenen Angriffs auf das amerikanische Territorium vielleicht doch in Ordnung gehen könnte.

Jedenfalls wollen sie sich mit der Legitimation – „*Kampf dem Terror*“ –, die Amerika seinen Kriegen gibt, nicht anlegen. Auch ihnen scheint das Recht offizieller Staatsgewalten, inoffizielle Angreifer restlos zu vernichten, so selbstverständlich zu sein, dass sie gar nicht bemerken, wie sehr sich die unterschiedliche moralische Gewichtung beider Seiten auf Größe und Etabliertheit ihrer jeweiligen Gewalten und sonst gar nichts stützt. Auch den ausgreifenden Gebrauch, den Bush von diesem Rechtstitel macht, finden die Autoren nicht hinreichend entlarvend. Wenn Amerika den Einsturz zweier Hochhäuser zum Anlass nimmt, den gesamten Globus taktisch und strategisch zum Gefechtsfeld für den „Krieg ge-

gen den Terror“ zu definieren und die Unverletzlichkeit seiner Macht der übrigen Welt als Friedensbedingung zu diktieren, dann mögen die Buchautoren den Amis vielleicht nicht ganz glauben, dass dieser Anlass auch der ganze Grund der „Antwort“ war – so richtig dagegen anzustinken trauen sie sich nur, indem sie sich darauf berufen, dass es den Anlass in Wahrheit nicht gegeben hat. Da melden sich eben doch keine Feinde des Imperialismus, sondern Deutsche zu Wort, die dem ärgerlichen Imperialismus der überlegenen Vormacht die Berechtigung absprechen. Leute, die weder dem Niedermachen inoffizieller Kämpfer noch dem Weltorden etwas Schlechtes nachsagen wollen, die also am Inhalt der amerikanischen Rechtfertigungen nichts auszusetzen finden, meinen dem Recht des damit legitimierte Kriege schlagend nur widersprechen zu können, wenn sie die Fakten bestreiten, auf die sich die Rechtfertigungen beziehen: Bülow und die anderen wüssten gegen ein Recht auf weltweite Selbstverteidigung nichts einzuwen-

Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 oben

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift

Vortrag mit Diskussion

Die schönste Lüge zu den Sozialreformen: „Die alternde Gesellschaft“

– ein unwidersprechlich natürlicher Grund für die wachsende Armut von Jung und Alt

Nie war sie so wertvoll wie heute, die Wissenschaft von der Demographie. Von ihren Einsichten hat die lernwillige öffentliche Meinung inzwischen so viel verstanden: Die Menschen passen nach Zahl und Alter nicht mehr zu ihrer völkischen Rolle.

1. Die Menschen werden zu alt. Das ist aus humanistischen Gründen zu begrüßen; volkswirtschaftlich und sozialpolitisch gesehen ist es ein Ärgernis. Nicht das Altwerden selbst; manche Alten besitzen ja Vermögen und, wenn sie von der Arbeit der aktiven Generation ernährt werden, dann zahlen sie dafür. Andere, sogenannte Sozialrentner, die in ihrem Arbeitsleben nur in die Rentenkasse einbezahlt haben, bekommen Geld aus laufenden Lohnabzügen der aktiven Generation, liegen also ihren Nachfolgern in den Büros und Fabriken lähmend auf der Tasche. Die Sozialrentner überleben den Zeitpunkt einfach zu lange, ab dem kein Unternehmer mehr ihre Leistung haben und ihnen Lohn bezahlen will. Die volkswirtschaftlich nutzlosen Jahre sind eine Belastung, die sich ein Volk im 21. Jahrhundert auf Dauer nicht leisten kann. Natürlich tritt niemand für ein „sozialverträgliches Frühableben“ ein; für dessen finanziellen Effekt aber schon: Die unnützen Alten müssen kurz gehalten werden, damit sie insgesamt nicht mehr Geld verbrauchen, als sie zum Verbrauch hätten, wenn sie ihre Renten nur halb so lange beziehen würden.
2. Und das schon heute, denn in 20 Jahren kommt auf einen Beitragszahler ein Rentner – und das geht ja wirklich nicht.
3. Die aktive Generation ist auch ein Problem – in Bezug auf die Rentner, die sie ernähren muss, ist sie zu klein; in Bezug auf den Arbeitsmarkt und die Jobs, aus deren Erträgen sie die Rentner ernähren muss, ist sie zu groß. Die zugleich zu kleine und zu große Alterskohorte muss von einer neuen Familienpolitik entlastet und unterstützt werden, damit sie mehr Kinder macht und dem Arbeitsmarkt ein gesundes Überangebot und der Rentenkasse Beitragszahler schenkt.
4. Wenn alle alles richtig machen und die Rentner billiger und die Kinder im Land wieder mehr werden, dann kriegen wir es vielleicht doch hin, dass 2020 zwei Arbeitslose einen halben Rentner ernähren!

Noch Fragen? Antworten am:

**Donnerstag, 12. Februar 2004, 20.00 Uhr
K4 im Künstlerhaus (Ex-KOMM), Festsaal,
Nürnberg, Königstr. 93**

www.gegenstandpunkt.com / gegenstandpunkt@t-online.de

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Anthropologie:

Die Sehnsucht nach dem gehorsamen Willen als Natur

Die Menschwerdung des Menschen

Man kann sich ja viel über DEN MENSCHEN denken. Dann bewegt man sich in ziemlich wilden Spekulationen derart, dass er von Staub zu Staub wird, ob er zum Fortschritt neigt, ob er im Prinzip gut oder böse ist, usf. Man denkt sich Bestimmungen des MENSCHEN aus, die seinen Werdegang irgendwie festlegen sollen, und zwar meistens mit der mehr oder weniger ausdrücklichen Aufforderung, dass der MENSCH sich an diese seine Natur gefälligst halten solle. Diese Denkweisen erinnern noch ziemlich deutlich an Glaubenssätze.

Ganz anders soll man es auffassen, wenn Politologie, Soziologie, Pädagogik u.a. nicht nur über den MENSCHEN reden, sondern aus ihm sogar den Staat, die Gesellschaft und die Erziehung begründen.

Die Rede ist von der anthropologischen Abteilung innerhalb jeder Wissenschaft. Da *braucht* es den Staat, weil der MENSCH sonst nicht zum wahren Menschen würde. Da *braucht* es die Gesellschaft, weil der Mensch sonst orientierungslos zugrunde ginge. Da *braucht* es das Wirtschaften, um zwischen dem maßlosen Menschen und den knappen Gütern zu vermitteln. Da *braucht* es die Erziehung, weil der Säugling sonst hilflos nicht mehr weiter käme. Diese Ableitung verschiedenster Institutionen unserer Gesellschaft aus DEM MENSCHEN, einem Wesen, das eigentlich jedem, wenn er ehrlich ist, ziemlich unbekannt ist, soll man sogar als Ausgangspunkt von sich ganz empirisch und realitätsnah gebenden Wissenschaftsabteilungen akzeptieren.

Die Behauptung, dass der MENSCH ohne Zahnbürste nicht zum MENSCHEN wird, mag niemand in Seminaren beweisen. Plausibel soll aber von vorneherein sein, dass zur Menschwerdung alle Institutionen, die zu unserem Staat wesentlich gehören: Staat, Wirtschaft, Erziehung, Gesetze, unbedingt notwendig sind. Lauter Institutionen, die ansonsten nicht unbedingt als Erfüllung menschlichen Glücks gewertet werden, sollen auf einmal – im Prinzip wenigstens – äußerst menschenfreundlich und nur *wegen* des Menschen und *für* ihn da sein?

Was ist der MENSCH?

Selbstredend handelt es sich bei dieser fundamentalen Was-Frage nicht um die Neugier für Erkenntnisse aus dem Gebiet von Biologie und Medizin. Sondern um das Bedürfnis, ein *Menschenbild* zu haben. Es geht um das moralische Unterfangen, den Menschen auf einen Katalog von „Du sollst ...!“-Regeln zu verpflichten und diese Verpflichtung hinterher mit der Natur des Menschen zu legitimieren.

Unter diesem Gesichtspunkt wird auch kein einzelnes Bedürfnis des MENSCHEN benannt, wenn davon die Rede ist, was der MENSCH brauche. Die *fundamentale* Notwendigkeit, die angeführt wird, ist seine MENSCHWERDUNG. Ohne die von der jeweiligen Wissenschaft angeführten Institutionen fiele der Mensch auf eine nicht weiter erläuterte Stufe tierischer Existenz zurück. Die menschliche *Existenz* an sich sei ohne die ganzen Erfordernisse eine nicht *eigentliche*. Die in allen Wissenschaften gleiche Grundkonstruktion des MENSCHEN lautet also folgendermaßen:

Der MENSCH – ziemlich tierisch mit einem Drang zum Höheren

Die erste Hälfte seiner Wesensbestimmung bleibt nicht bei seiner physischen Existenz stehen, sondern etikettiert diese nach ziemlich bekannten moralischen Maßstäben: Maßlos sei der MENSCH, sagen Ökonomen, gewalttätig und zügellos, meinen Politologen, orientierungslos, hilflos, behaupten Pädagogen und Soziologen. Der MENSCH soll sich von vorneherein dadurch auszeichnen, dass ihm etwas *fehlt*. Er ist so bestimmt, dass er notwendig eine zweite Hälfte *braucht*, weil seine erste schon als Bedürftigkeit bestimmt ist. Der MENSCH soll das Unding eines Mangels sein, eines Fehlens, das sich selbst beseitigen will. Zweitens braucht der Mensch angeblich also Institutionen, die seiner Fähigkeit entsprechen, sich zu zügeln. Er soll dazu selbst

- a) ein Bedürfnis haben,
b) aber nicht in der Lage sein, ohne dass

c) die jeweilige Institution ihm zu seiner besseren Hälfte verhilft.

Der Mensch ist tierisch, d.h. er benimmt sich daneben, wenn er nicht zugleich das Bedürfnis hätte, dies zu lassen. Er bestellt sich also Institutionen, die ihm zur Korrektur seiner *Natur* verhelfen, weil er allein *nicht* dazu in der Lage wäre.

So sind die Institutionen ziemliche *dei ex machina* und eigentlich nur übermenschlich zu erklären. Woher haben sie denn die Fähigkeit, dem Menschen, der trotz seines Bedarfs keinen Halt finden kann, diesen zu bieten?

Oder anders: Warum macht sich der Mensch Institute und Regeln, an die er sich anschließend halten muss?

Das Paradox, das der anthropologischen Gedankführung in allen Wissenschaften gemein ist, lautet: Die Institutionen sind *für* den Menschen da und erfüllen seine Wesensnatur darin, dass sie ihm *gegenüber*, mit Macht ausgestattet, als Gegensatz auftreten. Die Apologetik von Staat, Gesellschaft, Erziehung usf. lautet damit: Das sind Einrichtungen, die in Gegensatz zum Menschen treten. Aber gerade darin erfüllen sie das Bedürfnis seiner Wesensnatur, tierisch zu sein und sich selbst darin korrigieren zu wollen.

Auf der einen Seite sind damit die herrschaftlichen Institutionen dieser Gesellschaft ganz grundsätzlich legitimiert: Ohne sie könne der Mensch nicht leben. Auf der anderen Seite ist ihr *Gewaltcharakter* gar nicht ganz geleugnet. Im Gegenteil! Zwar wird vom Staat nicht als absoluter Gewalt gesprochen, aber dass er mit Macht ausgestattet ist, und möglicherweise in Gegensatz zum Menschen mit seiner Wolfsnatur gerät, scheint ganz selbstverständlich und gut. Der Trick ist dadurch gewährleistet, dass Herrschaft *als* Bedürfnis erscheint, dass gerade die Gegensätzlichkeit der Institutionen *als* Bedürfnis des Menschen dargestellt wird. Und vor diesem Bedürfnis kann sich eigentlich keine der existierenden Institutionen mehr blamieren. Schließlich *gibt* es sie. Was braucht der Mensch mehr?

Was leistet der Staat für den Menschen?

Ohne Staat gäbe es nur Mord und Totschlag unter den Menschen, lautet die politologische Ableitung der Staatsgewalt. Klar ist dem Politologen offenbar, dass der Mensch von Natur aus gewalttätig ist. Das erübrigt die nähere Betrachtung und Erklärung von tatsächlichen Gewalttaten. Die Nachfrage, warum einer sich an fremdem *Eigentum* vergreift, seine *Ehefrau* schlägt oder im *Krieg* Leute umbringt, wäre bei dieser Staatsableitung auch gänzlich verfehlt, weil der Staat, der mit ihr als Gewalt verhindernde Instanz eingeführt wird, auf der zu korrigierenden Seite immerzu als bestimmendes Subjekt auftauchen würde: als Instanz, die Eigentumsverhältnisse aufrechterhält, aus dem Liebes- ein Rechtsverhältnis macht, Kriege erklärt und führt usf. Die Frage, wie es denn nun *mit* dem Staat in Sachen Gewalt auf Erden steht, ist aus demselben Grund ebenfalls ganz unangebracht.

Im Politologieseminar, wo diese Begründung der Staatsgewalt aus der gewalttätigen Natur des Menschen den anwesenden Menschen ohnehin in Fleisch und Blut übergegangen ist, also keiner Erwähnung für wert befunden wird, ist dann umso mehr Raum, seiner schlechten Meinung über den Menschen freien Lauf zu lassen: Da soll sich eine Großfamilie über die Benutzung der einen Badewanne in die Haare kriegen – so ist der Mensch, ohne eine mit der nötigen Gewalt ausgestattete Staatsgewalt über sich könnte er die einfachsten Hygieneverrichtungen nicht absolvieren. Die wie immer viel zu knappen Opernkarten führen zum Chaos unter den Kulturliebenden und das macht eine Instanz notwendig, die mit Polizei die verbindliche Verteilung der Karten organisiert – das schafft Opernplätze, auf die offenbar ein vernünftiger Mensch auch dann nicht verzichten mag, wenn sie nur um den Preis eines mit allen Mitteln ausgestatteten Gewaltapparates zu haben sind. Und schließlich die Verkehrsampeln: Ohne Staat würden die Menschen gegen

sämtliche Ge- und Verbote verstoßen – die es ohne Staat gar nicht gäbe.

So richtig zusammenpassen mögen die angeführten abgelegenen und albernen Kinkerlitzchen mit dem, was aus ihnen Grandioses folgen soll, nicht. Das macht aber nichts, wo das Beweisziel feststeht und das Begründungsmuster beherrscht wird. Eine Ordnung muss her, wenn alles, was der Mensch treibt, ins Chaos führt, und dass Ordnung gleichbedeutend ist mit der Ordnung, die der Staat mit seiner Macht einrichtet und garantiert, leuchtet allen Beteiligten ein – wo es diese Ordnung nun mal gibt ...

Dieser politologische Un-Mensch, der *grundlos* gewalttätig ist, ist zielstrebig daraufhin konstruiert, dass dann auf diesem Hintergrund eine Gewalt als Friedensstifterin erscheint. Die staatliche Gewalt verhindert in diesen Bildern schließlich nicht irgendein menschliches Interesse, sondern die grundlose Tyrannei seiner Natur. Damit verschwindet der Gewaltcharakter des Staates im Schafspelz der unwidersprechlichen Ordnung. Der Staat, der das Gewaltmonopol hat, inkorporiert sämtliche menschlich-tierisch-wölfische Seiten, und als solcher Oberwolf soll er Harmonie garantieren?

So etwas kann nur gelingen bei einer Menschennatur, die gleichzeitig blindwütig und gehorsam ist; bei einer Menschennatur, die unglaubwürdigerweise um sich schlägt und zugleich die Fähigkeit besitzt, dem Staat gehorsam zu sein und so ihre eigene Natur zu überwinden.

Was leistet die Gesellschaft für den Menschen?

In der Dummheit des Verfahrens, vom Menschen auf die Notwendigkeit von Institutionen zu schließen, unterscheiden sich auch Soziologie und andere Wissenschaften nicht von der Politologie. Allerdings sehen sie natürlich die Natur des Menschen etwas anders, weil sie ja bei ihnen etwas anderes, die Gesellschaft, begründen soll.

Was braucht der Mensch laut Soziologie? Verhaltenssicherheit natürlich. Wer gibt ihm die? Wer wohl! Die Gesellschaft. Was wäre demzufolge *ohne* Gesellschaft? Die Menschheit wäre eben in ihrer Verhaltensunsicherheit nicht lebensfähig.

Hier sei jedem empfohlen, die Beispielswelt der Soziologie in dieser Frage zu studieren, der sie noch nicht kennt. Während nämlich Politologen sich einen Wolf im Menschen durch ständiges Überfahren roter Ampeln, Klauen und Schlägern bebildern und sich so bemühen, die *Harmonie* menschlichen Zusammenlebens als Leistung staatlicher *Gewalt* abzuleiten, sehen Soziologen die menschliche Wesensnatur anders. Sie zielen in ihrer Ableitung darauf, dass der Mensch im Unterschied zum Zufall *Regeln* brauche. Man betrachte die wenig bekannte Ableitung der Gesellschaft aus dem menschlichen Verkehr von Dahrendorf:

„Nehmen wir an, unser Verhalten unterläge bloß den Gesetzen der Zufallswahrscheinlichkeit: Wenn wir jemandem die Hand zum Gruß geben, ist die Chance gleich groß, dass er uns ins Gesicht spuckt oder uns übersieht oder auf die Stirn küsst oder mit einer Pistole bedroht oder uns auch die Hand reicht; wenn wir eine Eisenbahn betreten, wissen wir nicht, ob sie uns nach Rom oder Moskau, Madrid oder Kopenhagen oder nur bis zur nächsten Weiche bringt. Wenn wir ein Auto zu kaufen suchen, wissen wir nicht, ob wir 4000 oder 10000 Mark oder 50 Dollar oder einen Schlag ins Gesicht dafür bekommen (und keine dieser Reihen ist vollständig) – kurz, die Vorstellung eines bloß zufälligen, menschlichen Verhaltens beschwört ein Bild herauf, an dem gemessen selbst der *bellum omnium contra omnes* noch eine Welt der Verlässlichkeit und Gesellschaft ist.“

Schön gesagt, die Grundbotschaft der Soziologie: Selbst eine Gesellschaft mit den hässlichsten Zuständen ist immer noch besser als gar keine! Wie kann man diesen Gedanken beweisen?

Auch Soziologen stellen sich die Natur des Menschen dafür als einen einzigen Widerspruch vor: Auf der einen Seite will er etwas; auf der anderen Seite ist er nicht in der Lage, sich zu entscheiden. Nur auf dieser Basis erscheint dann eine Regel, also eine Einschränkung des Verhaltens als *Ermöglichung* desselben. Wäre der Mensch wirklich vom Zufall getrieben, dann wäre ihm dieses ganze Gemälde von Unsicherheiten wohl ziemlich egal. Das soziologische Bild lebt davon, dass ein Chaos nach Sicherheit verlangt.

Weil der Mensch so viele Verhaltensmöglichkeiten habe, könne er keine realisieren, ist die Logik. Gerade die Freiheit des Menschen von Instinkten o.Ä. begründe seine Handlungsunfähigkeit. Soziologen unterstellen den Menschen als haltlosen auf der Suche nach einem Halt. Diese Sorte Orientierung bietet ihm dann die Gesellschaft von außen, aber auf Wunsch der zweiten Hälfte seiner Natur. Nur durch diese Vorstellung eines Menschen, der vor lauter Möglichkeiten nicht mehr aus noch ein weiß, wird die Vorstellung von Regelung, von institutioneller Determination zu einer *Leistung* der Gesellschaft für den Menschen.

Was sagt also die Soziologie über den menschlichen Willen? Sie wünscht sich den geregelten Willen. Sie legitimiert *jegliche* Herrschaft über den Menschen dadurch, dass sie ein Portrait des Menschen als Knecht abliefern, der sich seine Unterwerfung bestellt: unfähig, sich seine Handlungen zu überlegen, schafft sich der Mensch dennoch Regeln, an die er sich anschließend klammern kann. Er hat keine Ahnung von dem, was er eigentlich tut, – also ist ihm durch ein Diktat, das er noch dazu selbst geschaffen haben soll, geholfen. Darin liegt die Freiheit seiner Natur, eine „Verhaltensunsicherheit“ durch einen diktierten Gehorsam zu überwinden.

Dabei geht die Soziologie so weit, den Gewaltcharakter von Gesetzen und Institutionen im Unterschied zur Politologie zu leugnen: Normen kennt sie nur als Wünsche der Gesellschaftsmitglieder. So dass sich die Wissenschaft fragt: wie kann die Bindung des Menschen an eine Gesellschaft, die ihm entspricht, enger gestaltet werden?

Was leistet die Erziehung für den Menschen?

Pädagogen neigen berufsmäßig zu einer besonders feinsinnigen Variante: Sie vermissen am MENSCHEN zunächst den *Instinkt* und stellen daran gemessen einen *Antriebsüberfluss* fest: Beides zusammen erfordert natürlich – Erziehung, damit der Mensch ein Mensch wird.

Die vielen liebevollen Tiervergleiche, mit denen sich deutsche Professoren verdient gemacht haben, beweisen immer dasselbe: Sei es der „sekundäre Nesthocker“ (Portmann), sei es dessen „Instinktreduktion“ (Lorenz), sei es das „biologische Mängelwesen“ (Gehlen) – alle wollen die „Hilflosigkeit“ des Säuglings zum Argument über die menschliche Wesensnatur machen. Dass ein Säugling sich nicht selbst die Kartoffeln pflanzt, die er anschließend isst, soll ihn gegenüber dem TIER diskreditieren. Der MENSCH

„reift im Mutterleib zur Stufe des Nestflüchters, des Füllens oder des Kälbchens mit offenen Sinnesorganen und ausgebildeten Bewegungssystemen heran“ (Portmann). *Trotzdem (!) – und das unterscheidet den Menschen von anderen höheren Säugtieren – ist das Kind bei der Geburt wesentlich hilfloser als zum Beispiel das Fohlen, das Kalb oder das Elefantenjunge.*“ (Funkkolleg Pädagogik 3, 52)

„Die Hilflosigkeit des Neugeborenen äußert sich in seiner mangelnden leiblichen Ausstattung, vor allem aber in mangelnden Trieben und Instinkten, die sein Verhalten in einer artspezifischen Umwelt regeln könnten.“ (Schiefele, Studienhefte, 1, 10)

Die Gefestigkeit des TIERES besteht also darin, dass es instinktgefestigt ist – nicht gerade eine biologische Wahrheit. Das erste Ideal des Pädagogen ist das der *Festgelegtheit* menschlichen Handelns. *Daran* blamiert sich ihres Erachtens der Mensch. Er ist nicht so stur wie ihre Vorstellung von einem Tier. Gleichzeitig besitzt er die Fähigkeit, sich diese Geregeltheit – von Erziehern – beibringen zu lassen. Zwar

„überschreiten (die menschlichen Antriebe) immer wieder auch die Grenzen der selbst geschaffenen Welt mit neuen Wünschen. Die Antriebe des Menschen zielen offensichtlich ins Unendliche.“ (Roth, Pädagogische Anthropologie, 1, S. 118)

Doch lässt sich der Mensch gleichzeitig erziehen:

„Es bedarf der Erziehung, dass sich das verantwortliche von Sach- und Wertensicht getragene

Fortsetzung Seite 4, Spalte 3 Mitte

**Sozialistische Gruppe
Erlangen Nürnberg (SG)**
c/o Sprecherrat, Turnstr.7, Erlangen
www.sozialistischegruppe.de
E.i.S.; V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

DER INSZENIERTE TERRORISMUS Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 oben

den, wenn der Angriff denn in der dargestellten Weise stattgefunden hätte. Aber den Verbrechern in Washington braucht man ihre Begründungen nicht zu glauben; sie haben die Anschläge selbst inszeniert.

Dass sie den Glauben der Welt nicht verdienen, untermauern Bülow, Bröckers und Wisnewski mit einem Charakterbild von Bush und seiner Mannschaft, das mit den Terroranschlägen und den aktuellen Kriegen endgültig nichts mehr zu tun hat. Abschweifungen zur „Vorgeschichte“ bzw. zu den „Hintergründen“ der Anschläge bringen die drei so richtig in Fahrt und zum Kern der Sache, um die es ihnen geht: Eine amerikanische Administration, deren Chef Mitglied in der gleichen „reaktionären Neuengland-Brüderschaft“ ist, in deren Auftrag schon Großvater Prescott Bush „den Schädel des Apachenhäuptlings Geronimo als Trophäe gestohlen“ hat und mit Hilfe solcher frevelhafter Beziehungen „einer der wichtigsten Finanziere und Unterstützer des Nazi-regimes wurde“ (Bröckers), eine Administration, „deren Geheimdienst aufs Engste mit der organisierten Kriminalität und dem illegalen Waffen- und Drogenhandel verstrickt ist“ (Bröckers und Wisnewski), und vor allem: eine Administration, die mit den vermeintlichen Attentätern in ständiger Geschäftsbeziehung stand („Pack schlägt sich – Pack verträgt sich: die Bush-Bin Laden-Connection“; „Bush und Bin“; „Alte Kameraden“: Bröckers, Wisnewski, v. Bülow unisono) – eine solche Administration hat sich durch die Zusammenarbeit mit allen Wiedergängern des Bösen diskreditiert. „Selber Terrorist!“, rufen die Autoren und wissen genau, was sie davon zu halten haben, wenn eine solche Regierung sich auf eine unwidersprechliche Sache wie den Kampf gegen Terroristen beruft. Bei einer solchen Macht ist das „Unvorstellbare“, die Inszenierung der Anschläge, durchaus vorstellbar; und weil sie es sich vorstellen können, muss es wohl auch so gewesen sein. Eine Macht, die eines solchen Verbrechens fähig ist, ist zu allem fähig! Mit dem hermeneutischen Zirkel ihres Verfolgungswahns ist das *Weltbild* der Autoren komplett und nach ihrer Auffassung auch alles Nötige zu den laufenden Kriegen gesagt: Bei einer Macht, der man ihre Legitimation nicht glauben will, sieht man eben überall nur die *Abwesenheit von Legitimation*: Welche Interessen die USA auch haben mögen – dieser Macht geht es „nur“ um die Macht, also um das „nackte Interesse“ und, schon wieder unbekleidet, um die „nackte Gewalt“, um eine „unverfälschte Machtpolitik ohne Bindung an Moral und Gesetz“ (v. Bülow, S. 226). Also jedenfalls um nichts Gutes, sondern um alles *erdenkliche Böse*: Hier wird zum „Angriff auf den Globus“, den unschuldigen, geblasen; der Kampf gilt nicht dem Terrorismus, sondern „der Zivilisation“, der guten. „Befindet sich die führende Schicht der USA im Bluttausch?“; fragt Wisnewski (S. 349) und versucht, die moralische Verurteilung dadurch zu steigern, dass er abwechselnd jeden Grund, den die kapitalistische Weltmacht für kriegerisches Vorgehen hat, in Abrede stellt oder ihr umgekehrt vorhält, den Krieg aus verwerflicher Schwäche nötig zu haben: „Die USA brauchen den Krieg wie der Junkie den Schuss“ (S. 303).

Der ganz normale Wahnsinn I: Die Verschwörungstheorie und ihre Kritiker

Die Verschwörungstheorien zum 11. September mögen im Volk populär sein – in der demokratischen Öffentlichkeit haben sie einen denkbar schlechten Ruf. Von der NZZ („Amoklauf einer entfesselten konstruktivistischen Phantasie“) bis zur taz („Für manche ist das Leben wunderbar einfach“) fühlt sich die gesamte seriöse Presse herausgefordert, eine Art Gegen-Gegenöffentlichkeit zu bilden und mit den „wildem Verschwörungstheorien“ aufzuräumen. „Ein Panoptikum des Absurden“, titelt der Spiegel und kontiert den investigativen Journalismus der Verschwörungstheoretiker mit einer Recherche über deren Recherche. „Alles Pfusch und Schlamperei“, so sein fachmännisches Urteil – mit dem er freilich nur verrät, wie vertraut ihm die Art und Weise ist, wie hier über die Welt nachgedacht wird. Kein Wunder: Das Verfahren, die Weltmacht an ihren eigenen Parolen zu blamieren, haben die

Verschwörungstheoretiker nicht selbst erfunden, sondern aus der etablierten Presse nur übernommen. Wer hat denn seine Leser mit immer neuen Enthüllungen darüber vertraut gemacht, dass es bei den ausgreifenden Aktionen der Weltmacht „in Wahrheit“ nicht um den ehrenwerten Kampf gegen den Terrorismus, sondern eben „bloß“ darum geht, „die Ölfelder zu besetzen“, „von den schlechten Wirtschaftsdaten abzulenken“ und das Image des Präsidenten „im Kampf gegen sinkende Umfragewerte“ aufzupolieren? Wer möchte denn unentwegt der amerikanischen Propaganda eine nur äußerst bedingte Glaubwürdigkeit attestieren und eröffnet sein liberales Weltblatt mit Fanfarenstößen wie „George Bush in Beweisnot!“, nur weil dessen Spezialisten im besetzten Irak die gesuchten „weapons of mass destruction“ nicht finden können?

Offensichtlich handelt es sich bei der Unfähigkeit, die Politik anders als aus dem Blickwinkel der staatlichen Rechts- und Propagandatitel wahrzunehmen, nicht um eine Eigenart einiger journalistischer Paradiesvögel, sondern um eine *déformation professionnelle*. Die demokratische Öffentlichkeit hat es sich zur Gewohnheit gemacht, über alle Taten der Politik unter dem Gesichtspunkt ihrer Übereinstimmung mit zustimmungswürdigen Prinzipien nachzudenken; sie kennt nichts anderes aus der Welt der Politik als die Dichotomie eines schönen Scheins – einer Welt, die sie für völlig in Ordnung hält – und des Verdachts, es könnte sich dabei um einen bloßen Schein handeln. Weil sie an der Außenfassade der Politik so hängt, ist sie bereit, sie zur bloßen Fassade zu erklären, die es zu durchschauen gilt. Die Ziele der Politik erfährt man daher nicht in den Pressekonferenzen oder entnimmt sie den politischen Taten – Einblick in die „wahren“ Absichten der Mächtigen erhält man nur durch ausgestreute „Indiskretionen“ – denen man allerdings nicht auf dem Leim gehen darf! – sowie durch sonstige „Insiderinformationen“ – ein modernes Wort für die altvertraute Kammerdienerperspektive. Mit dem Verfahren der Hofastrologie werden Mitteilungen aus dem Geheimreich der Politik ausgedeutet, das im Bereich des Allzumenschlichen der Mächtigen zu suchen ist.

Dem Blick „hinter die Kulissen“ der Macht zeigt sich dann das immergleiche Bild: Hinter der Fassade treu sorgender Verantwortung für das Gemeinwesen tummeln sich „Parteiengezänk“, „Gerangel um Posten und Positionen“, „Vetternwirtschaft“ und wie die sonstigen Pseudonyme für das Fehlen von Verantwortung heißen mögen. Eine kritische Öffentlichkeit scheut nicht davor zurück, das gesamte politische Programm einer Klassengesellschaft zur bloßen Täuschung zu erklären: Die Erfüllung dieser ehrenwerten Tagesordnung werde nur fingiert, während es den Politikern in Wahrheit „bloß“ – als ob das ein Gegensatz wäre! – um den eigenen Machterhalt gehe. Man glaubt allen Ernstes, es sei den Politikern wichtiger, Sympathie zu gewinnen, um den Machterwerb für sich zu entscheiden, als die errungene Macht auszuüben; und nichts ist dem demokratischen Sachverstand so selbstverständlich, wie in dem Werben um die Wählergunst die systemimmanente Erscheinungsform *niedriger Beweggründe* zu sehen.

In dem Bedürfnis, sich da „nichts vormachen zu lassen“, lesen die gebildeten Stände das kritische Magazin, das sich die Verwechslung von Gründen mit Hintergründen, von Kritik mit Entlarvung zum Markenzeichen gemacht hat und das jeden Montag seine Leserschaft damit unterhält, wie leicht man doch all die plumpen Ablenkungsmanöver aus dem „Land der Lügen“ zu durchschauen vermag, die sich eine Politikerclique in dem vergeblichen Bemühen ausgedacht hat, eine hochkarätige Redaktion hinter Licht zu führen.

Die beständige Gewohnheit, alles kritisch zu „hinterfragen“, verschafft dem bürgerlichen Geist eine ganz eigene Sphäre intellektueller Genüsse. Leute, die an ihrem Vertrauen in Marktwirtschaft und Demokratie nicht rütteln lassen, sind voller Misstrauen gegen die Verantwortungsträger und machen es sich zu einer Art Sport, hinter allen – insbesondere hinter den einschneidenden – Ereignissen der Zeitgeschichte verborgene und böartige Kräfte walten zu sehen oder sich zumindest mit derartigen Spekulationen unterhalten zu lassen: Der Unfalltod von Lady Di – ein Mordanschlag des britischen Geheimdienstes; die Mondlandung der NASA – in der Wüste von Nevada nur nachgestellt usw. usf. Also wirklich: Von

dieser Öffentlichkeit müssen Bülow und Co. sich nicht vorhalten lassen, nichts als „Heißluftanalysen“ und „Geraune im Nebel“ produziert zu haben.

Wenn die Verschwörungstheoretiker mit solchen Vorwürfen überhäuft werden, dann liegt das daran, dass sie mit ihren Überlegungen nicht etwa die Bandbreite des gewohnt Absurden, sondern die des politisch Opportunen verlassen haben. Bei aller Verbitterung, die im alten Europa über den neuen Kurs „unserer amerikanischen Freunde“ Einzug gehalten hat: Die provokante Theorie, der neue Weltenherrscher im Weißen Haus hätte, wie dies eine uralte Verschwörungstheorie dem römischen Kaiser Nero nachsagt, die eigene Metropole mit *friendly fire* belegt, um einen Vorwand für die Errichtung eines „neuen amerikanischen Jahrhunderts“ zu schaffen – diese Behauptung ist im Tonfall dann doch zu giftig, um von den Juniorpartnern dieser Macht diplomatisch und von der seriösen Presse dieser Länder auch nur journalistisch vertreten zu werden.

Der ganz normale Wahnsinn II: Die Rolle von Verschwörung und Verschwörungstheorie in der Weltgeschichte

Die dreistesten Scherze macht immer noch die Wirklichkeit: Während die Welt des bürgerlichen Verstandes voll dämlicher Verschwörungstheorien ist, ist die Welt des Imperialismus tatsächlich voll von hinterhältigen Verschwörungen und gelebten Verschwörungstheorien. Die Mutter aller Verschwörungstheorien zu „9/11“ kommt direkt aus den *think tanks* des Weißen Hauses und fasst nicht nur ein komplettes Weltbild, sondern auch ein komplettes Weltkriegsprogramm in eine kleine Metapher. Die Rede ist von der „axis of evil“, von der „Achse des Bösen“.

Von jeder Verschwörungstheorie aus dem Innersten der Macht, steht auch hier am Anfang der *Standpunkt*, die nationalen Interessen wären eine zutiefst *berechtigte* Angelegenheit, hätten also naturgemäß schrankenlos zu gelten. Dabei lässt es sich *God's own country* nicht nehmen, das Attribut „berechtigt“ auch gleich in ein eigenständiges Subjekt zu verwandeln: Das ist die Geburtsstunde des *Guten*, das fortan höchstpersönlich als *Auftraggeber* der Interessen firmiert, die sich von Amerika aus über den Globus erstrecken. In deren Sinn ist die Welt zu ordnen, und überall dort, wo dieser Imperativ nicht als fraglose Grundlage der Staatsräson willkommen geheißen wird, beginnt die Welt der „Schurkenstaaten“. Sie vergehen sich an der Ordnung, haben kein Recht und ihre Staatsräson ist Verbrechen: das Böse. Weil Amerika sich an ihnen stört, glaubt es auch gleich, das Reich des Guten stören zu wollen, sei deren eigentlicher Staatszweck.

Mit der „Achse des Bösen“ wird das Bild einer *Weltverschwörung* gezeichnet, in der die einzelnen Schurkenstaaten nicht nur böse, sondern – mögen diese sich tatsächlich auch gleichgültig bis feindlich gegenüberstehen – zu einem geheimen Kollektiv des kämpferischen Antiamerikanismus verbunden sind: Funktionierende Staaten produzierenden „weapons of mass destruction“, um sie an Geheimbünde weiterzuleiten, die sie hemmungslos einsetzen können, weil sie nichts zu verlieren haben. Kann man diesen Staaten trotz intensiver Suche den Besitz solcher Waffen nicht nachweisen, so beweist das nur den Grad ihrer Arglist. Als Theorie ist die amerikanische Version der Ereignisse nicht weniger absurd als die von Bülow und Co.; sie folgt der gleichen Logik: Wo im einen Fall der Mossad und die CIA, werden im anderen Fall Saddam Hussein und die Taliban als Täter hinter dem Täter vermutet. Aber entscheidend ist nicht die Logik, sondern die Sache, für die sie steht: Die Verschwörungstheorie aus dem Weißen Haus zielt nicht darauf ab, ein moralisches Weltbild theoretisch ins Recht zu setzen, um sich dann mit dem Lauf der Welt abzufinden. Im Unterschied zu der verschwörerischen Weltansicht, die das einfache Volk sich leistet, passt bei einer zum Krieg entschlossenen Weltmacht der Verfolgungswahn nicht nur zu den Interessen, sondern ist selbst praktisch gemeint: Die amerikanische Administration macht blutigen Ernst mit ihrem moralischen Fundamentalismus, der in der Welt nur noch das Gute – das zu jeder Brutalität berechtigt ist – und das Böse kennt, das keine Existenzberechtigung hat. Mit ihrem Krieg lässt sie ihr Unwerturteil über das

Böse Wirklichkeit werden und verschafft ihren Weltordnungsinteressen praktische Geltung. Und auch das leistet der offizielle Wahn: Indem die USA Glauben an ihre Verschwörungstheorie einfordern und sich in dieser Frage jede Despektierlichkeit verbitten – vgl. die eingangs zitierte Bush-Rede vor den Vereinten Nationen –, verlangen sie von der Welt Gefolgschaft für ihr Programm.

Für diese Weltansicht haben die USA die Anschläge des 11. September zum *Berufungsmaterial* erkoren. Sie scheuen keinen propagandistischen Aufwand, um die Katastrophe zu einem unvergesslichen Posten im Gefühlshaushalt der Nation aufzubauen: „Ground Zero“ ist ein monumentales Denkmal für die unverbrüchliche Einheit von Volk & Führung, die durch einen hinterhältigen Anschlag ausländischer Verbrecher zusammengeschweißt wurde, und ein Sinnbild der Sittlichkeit und Gerechtigkeit der amerikanischen Gewalt, die dieses feige Verbrechen sühnt. All das ist der amerikanischen Öffentlichkeit so geläufig, dass die bloße Angabe des Datums der Anschläge genügt, um mit dem Sprachdenkmal „9/11“ alles abzurufen, was zur Rechtfertigung der laufenden Kriege nötig ist.

Diesen Aufwand treibt die amerikanische Administration nicht etwa deshalb, weil, wie Bülow und Co. glauben, ein so friedliebendes Volk wie das amerikanische nur durch Lug und Trug zum Krieg verführt werden kann. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Einleuchten lässt sich das Argument „9/11“ nur derjenige, der grundsätzlich bereit ist, für die Geltung der amerikanischen Rechtsansprüche in den Krieg zu ziehen. Genau wie bei den abweichenden Meinungen der genannten Autoren, ist eben auch bei der staatlichen Propaganda die Parteilichkeit Vater der moralischen Überzeugung; auch hier bekommt die moralische Einstellung nur *Anschauungsmaterial* geboten, das die Einstellung nicht herstellt, sondern ihr Gelegenheit zur Betätigung bietet.

Und diese Gelegenheit soll die Bevölkerung dann auch bekommen, weil ihre Moral im Krieg in besonderer Weise gefordert ist: Der Krieg setzt alle Maßstäbe, die in der Welt der privaten Konkurrenz gelten, außer Kraft. Wo ansonsten der Bürger sich der Gewalt zu enthalten und Eigentum und Person zu respektieren hat, ist im Krieg auf staatliches Kommando ein flächendeckendes Töten und Zerstören angesagt. Gerade der gesinnungsfeste Patriot besteht auf seinem Recht, das unbezweifelbar Gute, das er im Waffenhand verübt, durch eine öffentliche patriotische Ausdeutung der Ereignisse bestätigt und diese Bestätigung gelebt zu sehen. Dasselbe gilt für die Heimatfront, die den kriegerischen Einsatz nicht nur mit dem Leben so mancher ihrer Söhne, sondern vor allem mit dem Wertvollsten, ihrem Geld, zu bezahlen hat.

Aber auch um dem Rest der Welt das eigene Recht auf Krieg klarzumachen, will keine Kriegspartei es sich nachsagen lassen, den ersten Schritt zur Konkurrenz der Waffen ohne Not eingeleitet zu haben; der Glaube, immer nur „zurückzuschießen“ – und auch das nur im Auftrag unbezweifelbarer Menschheitsanliegen! –, gehört zum unabdingbaren Selbstbewusstsein jeder Krieg führenden Nation. Aus diesen Gründen erwächst der Nation ein Bedürfnis nach symbolträchtigen historischen Affären, in denen ein Ereignis nicht nur patriotisch interpretiert, sondern die *Interpretation* selbst zum Ereignis geworden ist. Die Kriegsgeschichte zivilisierter Nationen ist voller Mythen und Legenden; und die Geschichte der amerikanischen Kriegseintritte ist eine Geschichte der *inszenierten* Zwischenfälle.

So schafft sich ein Rechtsbewusstsein seine Fakten, und das vaterländische Gemüt bekommt den *Betrug*, nach dem es verlangt. Dabei ist der Glaube an die gute Sache leicht zu bedienen – eben so leicht, wie der Zweifel, der Bülow und Co. umtreibt und der nur die andere Seite der gleichen Geisteshaltung ist.

Nachdruck aus:
GEGENSTANDPUNKT 4-03

Die wöchentlichen Analysen der Redaktion des *GegenStandpunkt* in Radio Lora können nachgelesen werden unter:
<http://gegenstandpunkt.lora924.de>

Aus dem Werkzeugkasten der Demokratie: Die Rücktrittsdrohung

Dem aktuellen Kanzler nicht besonders wohlgesonnene Kreise aus der Öffentlichkeit unken schon, dass er als der „Rücktrittsdrohungs-Kanzler“ in die Geschichte eingehen werde. Acht Mal, hat die FAZ jetzt laut mitgezählt, hat Schröder nun schon zu diesem Mittel eines Regierungschefs gegriffen, und diese Beobachter der Berliner Szene machen kein Hehl daraus, dass sie das für einen *inflationären* Gebrauch eines ansonsten legitimen und durchaus sinnvollen Mittels eines demokratischen Regierungschefs halten. Schröder, vermerken aufmerksame Journalisten da kritisch, müsse alle paar Monate seine eigene Partei erst noch auf Linie *bringen*, anstatt als nationaler Führer sie eindeutig im Griff zu *haben*. Diesmal ging es um die Verabschiedung von Teilen der „Agenda 2010“, denen ein „rotes Sechserpack“ wegen inhaltlicher Differenzen einfach nicht zustimmen wollte. Aber was spielt das noch groß für eine Rolle für Demokraten, die sich bei diesem „brutalen Machtpoker“ im Wesentlichen die Frage stellen, ob die Rücktrittsdrohung *überhaupt noch zieht*.

Was da noch ziehen soll, ist nämlich jedem Demokraten sonnenklar und auch gar kein großer Stein des Anstoßes: Die „Abweichler“ sollen auf Geheiß ihres Parteiführers ihren inhaltlichen Dissens vergessen, die Klappe halten und zustimmen, und die „innerparteiliche Diskussion“ soll damit schlagartig *beendet* sein. Das hohe Gut der „Geschlossenheit“ einer Partei, die regierungsfähig sein will, braucht hin und wieder auch mal eine solide Erpressung: *Einmal* kommt in einer demokratischen Partei ein inhaltlicher Streit von praktischem Belang fürs Regieren auf, und der Regierungschef stellt seine dissidierenden Gefolgsleute vor die Wahl: Entweder läuft der Regierungsladen so, wie *ich* will, oder er läuft *ohne mich*. Mit diesem freundlichen „Angebot“ stellen demokratische Führer unmissverständlich klar, was in letzter Instanz „politische Willensbildung“ in demokratischen Parteien mit dem Ziel der „Geschlossenheit“ bedeutet: den Gehorsam erzwingenden Durchgriff der Führung aufs Parteivolk. So, nämlich als *Verpflichtung* der Parteimitglieder auf die von oben angesagte politische Sache, definiert sich Einigkeit in den Parteien, die regieren (wollen). Deren alleiniger Zweck ist, sich als *Manövriermasse* der Führung beim Regieren zu bewähren, und ein inhaltlicher Dissens, der praktischer Geltung beim Abstimmen, also Mit-Regieren, beansprucht, ist mit diesem Geschäft offenbar unvereinbar. Bedenken der Art, dass diese Drohung bei den Adressaten die dankbare Annahme des Rücktritts auslösen könnte – schließlich wären die ihren ärgsten Gegner erst einmal los –, scheint ein demokratischer Regierungschef normalerweise nicht hegen zu müssen. Zwar beklagen die sog. „Abweichler“, dass sie und ihr „freies Abgeordnetengewissen“ „gebrochen“ werden sollen vom Parteichef, aber von eigentlich fälligen Konsequenzen – man trennt sich von solchen Partei„freunden“ oder ficht die Differenz bis zur endgültigen Klärung aus – ist in demokratischen Parteien in solchen Fällen eigentlich wenig zu hören. Kein Wunder. Die „Abweichler“ *passen* nämlich zur von oben aufgemachten Erpressung. Auch sie bekennen sich zu der urdemokratischen „Einsicht“, dass die Partei auf das jetzige „Zugpferd“ beim Wähler gesetzt und sich von ihm als Garanten für die Erringung der Macht abhängig gemacht hat. Auch sie wissen, dass sich eine demokratische Partei, in der „kakophon“ diskutiert wird, beim Wähler unmöglich macht. Auch sie anerkennen, dass „politisches Gestalten“ in der Demokratie nur durch die Inbesitznahme und Ausübung der *Macht* im Lande geht, auf die die ganze Partei „geschlossen“ hinarbeiten hat. Und deswegen arbeiten sie normalerweise auch tagein, tagaus geräuschlos als Manövriermasse beim Zustimmungsdienst an den Regierungsvorlagen mit. Und aus haargenau denselben Gründen, weshalb sie sonst immer zustimmen, melden sich ab und an Abgeordnete als „Abweichler“ zu Wort: Als Politiker einer Partei aus der zweiten oder dritten Reihe sind sie nämlich auf der Suche nach dem *richtigen* Führer ihrer Partei, und ein monatlanges „Umfragetief“ der Partei mit lauter neuen Rekorden nach unten stiftet da so manchen Zweifel. Den melden sie an als Zweifel an der vom Führer vertretenen Sache und sie meinen damit *ihn*. Dann zetteln sie einen *kleinen* Test

von unten an, ob sie und die Partei noch gut fahren mit ihrem jetzigen Führer und melden „inhaltliche Änderungen“ an der „Agenda“, oder was eben gerade anliegt, an. Und den Zweifel beantwortet der Parteiführer mit dem *großen* Test auf seine (noch) vorhandene Führungsfähigkeit, verbindet sein „politisches Schicksal“ mit seiner Linie und fragt mal kurz nach, ob ihnen ihre inhaltlichen Einwände tatsächlich den *Verlust ihres Führers* wert sind. Zumindest solange kein *alternativer*, mehr Erfolg versprechender Partei- und Regierungschef in Sicht ist, setzen sich dann die „Abweichler“ mit denen, die ihnen „das Rückgrat brechen wollen“, wieder an einen Tisch und bemühen sich in „harten Verhandlungen um die Sache“ um die Einheit der Partei. Die Führung findet sich bereit, den „Abweichlern“ ihre Einwände gegen ein paar „Zugeständnisse“ abzukaufen, dafür versprechen diese, ihren Dienst an Partei und Regierung wie gehabt zu verrichten.

Die *Sache* der Führung könnte damit nicht schönere dastehen: Nun hat sie sogar noch eine „kontroverse innerparteiliche Diskussion“ durchlaufen und sich darin bewährt. Also gibt es darüber auch nichts mehr zu diskutieren.

Nachdruck aus:
GegenStandpunkt 4-03

Gegenstandpunkt 4-03:

Die Mehrheit der professionellen Begutachter in Europa, und in Deutschland schon gleich, ist befremdet über die Militanz, mit der die USA die Staatenwelt neu zu ordnen beginnen. Andere stellen immer noch und immer wieder die von Amerika ausgegebene Kriegsbegründung in Frage und entdecken ein paar Lügen und dahinter niedere Motive. Oder man bezweifelt den Erfolg amerikanischer Nachkriegsbemühungen im Irak; angesichts der täglichen Anschläge und Toten sieht man sich zur Skepsis berechtigt, ob es Amerika gelingt, ‚Frieden‘ und ‚Demokratie‘ zu stiften. Man ist erfreut über kritische Stimmen aus den Vereinigten Staaten, die am ‚stupid white man‘ im Weißen Haus die politische Verantwortlichkeit vermissen, und verbucht sie als Ausweis der Berechtigung zu eigener, europäischer Kritik am Vorgehen der Supermacht. Bei all diesen Zweifeln und Einwänden nimmt die kritische Öffentlichkeit keinen Augenblick Abstand von der Vorstellung, es ginge erstens darum, gemeinsam einer um sich greifenden ‚Bedrohung durch den Terror‘ Herr zu werden, und es ginge zweitens darum, oder müsste doch wenigstens ‚eigentlich‘ darum gehen, dem irakischen Volk und anderen Völkern auch eine ‚bessere‘, eine ‚demokratische‘ Herrschaft zu verschaffen – wie wenn ‚Terrorbekämpfung‘ und ‚Stiftung von Demokratie‘ ungefähr ein und dasselbe wären. Die Mittel, die die USA für dieses doppelte Anliegen in Anschlag bringen – diplomatische Erpressung, kriegerische Gewalt –, die Folgen – ein durch überlegene Kriegsmacht zerstörter Irak, in dem unter der Regie einer aufsichtsführenden Besatzungsmacht alles andere als ‚Frieden‘ und ein ‚ziviles demokratisches Leben‘ einkehrt – und die Perspektiven – die Ächtung und Drangsalierung weiterer Länder unter amerikanischer Regie, die endgültige Eingemeindung der Palästinenser in den ‚weltweiten Terrorismus‘ und ihre entsprechende Behandlung durch Israel – das alles ist offensichtlich nicht dazu angetan, grundsätzliche Zweifel in dieses Programm einer neuen ‚Weltfriedensordnung‘ zu stiften. Eher an der Tagesordnung sind Einwände der Art, dass Amerika *sich* übernimmt und über *uns*, die Europäer, allzu sehr hinweggeht, statt diese globale Aufgabe *mit* uns gemeinsam zu bewältigen. Denn dass ‚wir‘, der Westen, das europäische Abendland insbesondere und in dem wiederum vor allem Deutschland, eigentlich dazu berufen sind, dort, wo Amerika mit Krieg und Drohungen unterwegs ist, mit für ‚Ordnung‘ zu sorgen, das steht bei aller Kritik fest. Der Maßstab der USA, den sie bei ihrer Ausrufung des globalen ‚Kampfs gegen den Terrorismus‘ an eine ihren Ansprüchen genügende und von ihnen zu stiftende Weltordnung angelegt haben: verlässliche Ausrichtung der Staatenwelt an den Interessen der auswärtigen Aufsichtsmacht, ist offenkundig durchgesetzt, so dass der Weltmacht mit Vor-

Die SG veranstaltet regelmäßig einmal im Monat mittwochs einen Diskussionstermin. Näheres unter www.sozialistischegruppe.de

Diskussionstermin Marktwirtschaft

Marktwirtschaft ist ein Name für die Produktionsweise, die nach dem Ende des Sozialismus überall auf der Welt herrscht – und zwar ein verlogener. Bei historisch vergangenen Formen findet man es richtig, die Wirtschaft durch den in ihr herrschenden ökonomischen Zweck zu charakterisieren, z. B. *Subsistenzwirtschaft* und *Merkantilsystem*. Auch nach der jeweils herrschenden Klasse und der Stellung der Arbeitenden wurden historische Produktionsweisen korrekt benannt – *Skawenwirtschaft*, *feudale Produktionsverhältnisse*. Die heutige Wirtschaftsform soll sich dagegen von anderen nicht durch einen vorherrschenden Zweck des Wirtschaftens und nicht durch eine charakteristische Stellung der Herrschenden bzw. der Arbeitenden auszeichnen, sondern ausschließlich durch eine *ökonomische Verkehrsform*, einen *Steuerungsmechanismus für Wirtschaftsprozesse*.

Der Grund für die verschämte Benennung der Wirtschaftsweise, die heute wieder offen Kapitalismus genannt werden darf, gehört in die Zeit der Systemkonkurrenz mit dem Realen Sozialismus: Der Vergleich der Systeme brauchte eine Gemeinsamkeit, an der sie sich dann unterscheiden konnten. Der Kapitalismus konnte da nicht gut den Reichtum seiner Reichen und das Wachstum ihres Kapitals gegen die geplante Volksversorgung im Osten ausloben. Deshalb stellte man nicht Kapitalismus und Sozialismus, sondern Markt- und Planwirtschaft gegenüber. Man hat so getan, als dienten beide Produktionsweisen demselben Zweck – der Versorgung der Menschen mit den Mitteln ihres Bedarfs – und würden sich nur durch die Wege, ihn zu erreichen, unterscheiden. Dieses Verfahren, die Marktwirtschaft als die überlegene Methode der Güterversorgung hinzustellen, hat die Systemkonkurrenz überlebt.

Dabei ist das Lob der sagenhaften Effizienz des Marktes verräterisch: Er heißt es, zwingt die Produzenten, wirklich nachgefragte Güter herzustellen, und die Konsumenten, je nach Größe ihres Geldbeutels, aus dem Güterangebot auszuwählen und ihr persönliches Nutzenoptimum zu suchen. Dass die einen also Gründe hätten, etwas anderes herzustellen, als das, was die Menschen brauchen, wird ebenso stillschweigend unterstellt, wie der Umstand, dass die Befriedigung der Bedürfnisse gar nicht herauskommt, wenn Leute sich beim Kaufen beschränken müssen und das, was sie brauchen, sich danach bestimmt, was sie zahlen können. Der wunderbare Markt scheint nur Probleme zu lösen, die es ausschließlich wegen der Marktwirtschaft gibt!

Tatsächlich ist der Markt keine abstrakte Methode der „Koordination wirtschaftlichen Handelns“, die sich für beliebig humane Zwecke nutzen ließe. Er ist die ökonomische Verkehrsform des Kapitalismus, in der alle seine Konsequenzen samt Armut und Reichtum, Arbeitslosigkeit der einen und Überarbeit der anderen schon voll drinstecken. Wie das alles drinsteckt – wird näher erläutert am

Mittwoch, 11. Februar 2004, 20.00 Uhr
Im Gebäude des Sprecherrats, Turnstr.7 (1.OG), Erlangen

DIE MENSCHWERDUNG DES MENSCHEN Fortsetzung von Seite 2, Spalte 4 unten

Werten gegenüber dem subjektiv-gefühlsmäßigen und egozentrischen Stellungnehmen durchsetzt.“ (ebenda, S. 117)

In der Erziehung lernt der Mensch sich („subjektiv“ und „egozentrisch“) zur Verantwortung zu ziehen. Und das soll seine wahre Natur sein! Wie sieht der Pädagoge den MENSCHEN? Als unkontrolliertes Antriebspotential, das von ihm

liebe nur die Erfolgsfrage und der eigenen nationalen Führung die Frage nach ihrer ‚Rolle‘ bei dieser ‚Gestaltung‘ neuer Staatenverhältnisse gestellt wird.

Was dieses Programm einer mit Gewalt durchgesetzten globalen Weltkontrolle im *Nahen Osten* – im *besiegten Irak*, im alltäglichen *Krieg Israels* gegen die Palästinenser – an Umwälzungen zustandebringt und auf die Tagesordnung setzt; wie sich ein Land wie die *islamische Republik Iran* die Feindschaft Amerikas verdient und zu einem weiteren Fall des Antiterrorkriegs (gemacht) wird; wie *Amerika im Innern* auf die neue Weltmachttrolle praktisch eingestellt wird und wie *das patriotische amerikanische Volk* sowie *das „andere Amerika“* eingestellt sind; wie sich die *europäischen Konkurrenten* herausgefordert sehen und wie sich ein deutsches Nachrichtenmagazin prompt und beispielhaft um *das passende Feindbild ‚Islam‘* verdient macht: wie sie also beschaffen ist, die schöne ‚neue Weltordnung‘, die da mit Krieg und Kriegsdiplomatie vorankommt – das alles findet sich im neuen **GegenStandpunkt**.

Im Buchhandel erhältlich:
Ex Libris, Bismarckstr. 9, 91054 Erlangen
Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn, Bahnhofspl. 8, 90456 Nürnberg
Die Bücherkiste, Schlehengasse 12, 90402 Nürnberg
Hugendubel, Ludwigspl. 1, 90403 Nürnberg
Rüssel, Frankenzentrum, Glogauer Str. 38, 90473 Nürnberg
Bestellungen beim GegenStandpunkt-Verlag, Türkenstr. 57, 80799 München
Tel.: 089/272 16 04, Fax.: 089/272 16 05

Email: gegenstandpunkt@t-online.de

kontrolliert sein will, damit überhaupt aus dem Antrieb etwas wird. Wieder wird nicht behauptet, dass die Erziehung *gegen* Triebe des Menschen vorgehe. Nein: Dadurch, dass sie das unkontrollierte Potential kanalisiert, verhilft sie ihm überhaupt erst zur Geltung. So wird der erzieherische Gegensatzes damit legitimiert, die eigentliche Bildungsinstante zu sein:

„Wir sind ihnen (den Antrieben) aber nicht wie die Tiere ausgeliefert, wenn es der Erziehung gelungen ist, in uns eine Oberperson aufzubauen, die regulierend und steuernd in diese Welt der Anmutungen, instinktartigen Impulse usw. einzugreifen vermag.“ (ebenda, S.176)

Die Doppelnatur des Menschen: Der Wille zur Unterwerfung

DER MENSCH ist ein Wolf mit dem Hang zum Guten, er ist ein Chaos, der sich nach Regeln sehnt, ein Bündel von Antrieben, die es an sich haben, gelenkt werden zu wollen. Das ist eine Sichtweise, die immer nur um ein Problem kreist: das Verhältnis des Menschen zu den staatlichen Institutionen. Bürgerliche Wissenschaftler konstruieren nicht umsonst eine gegensätzliche Menschennatur: Jeder *erkennt* in der Form der quasi-natürlichen Wesenseigenschaft *an*, dass der Mensch seine Bedürfnisse verfolgt, um diese Seite gleichzeitig schlecht zu machen. Keiner plädiert dafür, dass der Mensch ein Sklave sei, ein Untertan – aber dass er sich *unterwerfen will*, dass gerade seine Bedürfnisse nur dann erfüllbar sind, wenn es Herrschaft gibt, *das* wollen sie alle begründen. Das ist die Weise, in der demokratische Wissenschaft den freien Willen sieht: dazu geboren, sich unterzuordnen.

Bürgerliche Wissenschaft sagt also nicht einfach: Unser Staat ist gut. Nein: Einen guten Grund für ihn, genauso für die Erziehung und Gesellschaft, will sie schon anführen und einen totalen, unwidersprechlichen dazu: Ohne Staat, Gesellschaft, Erziehung – nix Mensch; eine scheinhafte Schlussfolgerung, die es elegant umgeht, auch nur *eine* Eigenschaft des *existenten* Staates zu begründen und für menschlich zu erklären. Das heißt aber auch, dass demokratische Wissenschaftler keinerlei *Maßstäbe* haben, anhand derer sie die Institutionen beurteilen. Hauptsache, es *gibt* sie, dann ist *die* Bedingung der geistigen Elite schon erfüllt.